



Exkurs: Wird über Kredite finanziert, muss der Zins mit verdient werden. Dieser wandert nicht als Gewinn in die Haushalte zurück, sondern wird z.T. zur Stärkung der Eigenkapitalbasis in den Unternehmen verbleiben, u.a. auch um fehlgeleitete Investitionen (ausfallende Kredite) auszugleichen.

Fazit: In einer kreditfinanzierten Volkswirtschaft kann das Saysche Theorem nicht gelten, da die Summe der Löhne weniger ist als die Preise der Güter.

Woran scheitert Keynes?

Keynes hat solange funktioniert, solange man die Illusion hatte, dass es funktioniert.

heute scheitert das Konzept:

- wachsender Staatsverschuldung
- zu hoher staatlicher Sektor
- unkalkulierbarer Wirkungsverzögerung
Erkennen Entscheiden Handeln Wirkung
- strukturverzerrende Maßnahmen (Globalsteuerung!)
- keine Antwort auf stagflationäre Entwicklungen



Ursache der hohen Staatsschulden

- nach dem Krieg rel. gering
- ab 1967 "deficit-spending"
- ab 1982 Rückgang der Staatsquote bis ca. 1987
- ab 1990 Wiedervereinigung führt zu hoher Staatsverschuldung
- für Wähler leicht zu ertragen
- Individualismus und Soziale Sicherheit
- Finanzkrise

Gefahr von hohen Staatsschulden

- spätere Generationen müssen die Schulden zurückzahlen
- Zinsbelastungen nehmen überhand (kaum Manövriermasse)
- Standortnachteil
- hohe Zinsen (Crowding out)

Die Erweiterung des Crowding-Out-Begriffs

Nicht die Zinsveränderung ist entscheidend für eine Verdrängung der privaten Investitionen, sondern die Verschiebung der Ressourcenallokation in nichtproduktive und subventionierte Bereiche.



Kennzeichen einer Angebotspolitik

Angebotspolitik = Neoliberale Politik = Neoklassizistische Politik =
Monetarismus (Geldmengensteuerung)

Seit 1976 vom Sachverständigenrat in die deutsche Wirtschaftspolitik
eingebracht.

1. Wachstumsschwäche hat ihre Ursache in Störungen der Angebotsseite
2. Unterbeschäftigung liegt an unzureichenden Investitionen
3. Nachfrage hängt in erster Linie von der Geldmenge ab!
4. Instabilitäten liegen an staatlichen Eingriffen.



Fragen einer Modernen Fiskalpolitik?

Konjunktur vernachlässigen! Gute Politik ist sowohl in Depressionen als auch in Boomphasen gut.

Nicht die Konjunktur (im Sinne von Auslastung) ist entscheidend für eine Volkswirtschaft, sondern das Wirtschaftswachstum.

Neoliberalismus als Schlagwort für eine Abkehr von Subventionen:
Eigenheimzulage, Kilometerpauschale, Schwimmbäder, Theater,
Verwaltungen, Stadtbauhöfe, Städtische Krankenhäuser

Privatisierung möglichst vieler Bereiche!

Die freiwerdenden Ressourcen werden produktiv eingesetzt.

bittere Ironie?!



Aus diesen Erkenntnissen ergeben sich Schlussfolgerungen:

1. Zur Beseitigung von Wachstumsschwäche und damit Unterbeschäftigung müssen die Bedingungen des Angebotssektors deutlich verbessert werden. Produktion schafft Einkommen, Einkommen schafft Nachfrage.
2. Investitionshemmnisse müssen beseitigt werden; Produktion und Investitionen müssen rentabel sein. "Investitionen müssen sich lohnen." Da hier insbesondere das Preis-Kosten-Verhältnis verantwortlich ist und die Preise unter Wettbewerbsbedingungen für den Anbieter marktgegeben sind, müssen die Kosten, z.B. die Lohnkosten, in einem angemessenem Verhältnis stehen.
3. Steuerungen sollten über die Geldpolitik und nicht über die staatliche Fiskalpolitik erfolgen. Um einerseits eine ausreichende Liquidität und andererseits Geldwertstabilität sicherzustellen, hat sich die Geldmengenpolitik am Wachstumspotenzial der Wirtschaft zu orientieren. In enger Beziehung zur Forderung nach einer Geldmengenkontrolle steht die Forderungen nach flexiblen Wechselkursen, da durch sie die Gefahr importierter Inflation geringer wird.

Die Betonung von Individualismus und Leistungsprinzip berührt auch die Gestaltung des sozialen Netzes. Angebotsorientierte Konjunkturpolitik wendet sich gegen eine zu weit gehende Einkommensumverteilung durch den Staat, da hierdurch Leistungsanreize verschüttet werden.

Sofern die Geldpolitik einer unabhängigen Zentralbank übertragen wird, werden dem Staat vor allem folgende Aufgaben zugewiesen:

- Beseitigung von Investitionshemmnissen.
- Förderung privater Investitionstätigkeit und -bereitschaft.
- Stärkung der Antriebskräfte des Marktes durch Verzicht auf Interventionen sowie durch Abbau von Subventionen und leistungshemmenden Steuern.
- Konsolidierung der Staatsfinanzen durch Abbau der Staatsverschuldung und die Bevorzugung investiver statt konsumtiver Ausgaben.

Quelle: Hans-Jürgen Albers, u.a.: Volkswirtschaftslehre, 2. Auflage, Haan-Gruiten, 1997, S. 430f aus Bauer, Max u.a.:

Volkswirtschaftslehre, Band 1 von Buchners Kolleg Wirtschaft und Recht, C.C. Buchner, Bamberg, 1. Auflage 2001

Angebotsorientierung in der Kritik

Eine Verbesserung der Gewinnsituation der Unternehmen erhöht zwar deren Investitionsfähigkeit, nicht jedoch zwangsläufig deren Investitionsbereitschaft. Investitionen werden nur bei genügend guten Ertragserwartungen vorgenommen.

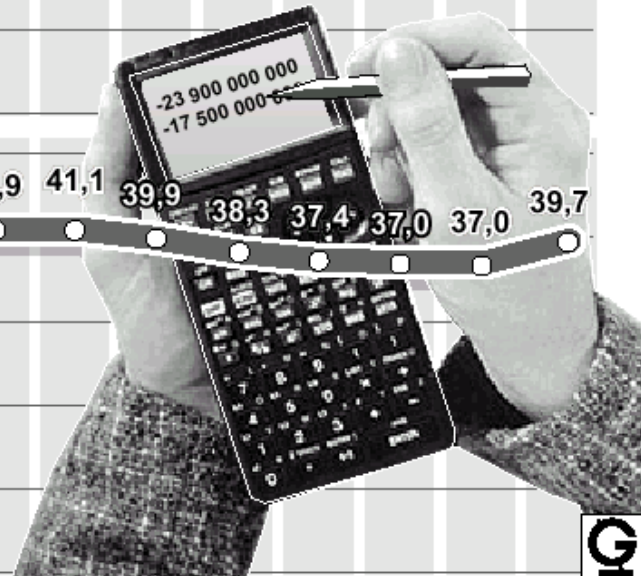
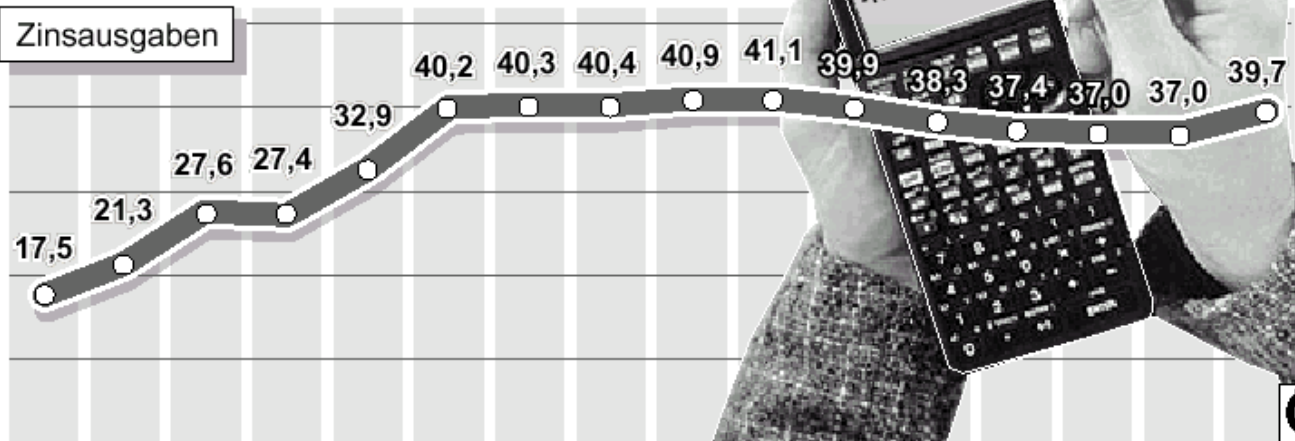
- Entscheidend für den Ertrag von Investitionen ist das Preis-Kosten-Verhältnis. Die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik betont bei der Investitionsbereitschaft einseitig die Kosten der Investitionen. Ein angemessener Preis für das Produkt ist aber nur zu erzielen, wenn eine entsprechend große Nachfrage vorhanden ist. Investitionen lohnen sich aber nur, wenn auch Absatzchancen für das Produkt vorhanden sind.
- Bei mangelnder Kapazitätsauslastung bzw. zu geringer Nachfrage ist die Neigung, Erweiterungsinvestitionen vorzunehmen, gering. Investitionsförderung führen in dieser Situation dazu, dass die Unternehmen Rationalisierungs- statt Erweiterungsinvestitionen durchführen und dadurch die Arbeitsplätze nicht vermehren, sondern vermindern.
- Löhne sind nicht nur ein Kostenfaktor, sondern auch ein Nachfragefaktor. Steigende Löhne bewirken nicht nur steigende Kosten, sondern auch steigende Nachfrage.
- Bei vorhandener Unterbeschäftigung führt eine Reduzierung der Staatsausgaben nicht zu sinkender, sondern zu steigender Arbeitslosigkeit.
- Angebotspolitik gefährdet die zum Teil hart erkämpften sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Strukturen und führt u.a. zu einer Umverteilung der Einkommen zugunsten der Besitzer von Produktivvermögen.
- In einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik kommen Belange der Umwelt und des Umweltschutzes (umweltverträgliche Produkte und Produktionsverfahren) zu kurz.

Quelle: Hans-Jürgen Albers u.a., a.a.O., S. 43

Schulden für Zinsen

im Haushalt des Bundes in Milliarden Euro

1990 1991 1992 1993 1994 1995 1996 1997 1998 1999 2000 2001 2002 2003 2004 (Soll) 2005 (Plan)



Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685)

in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633) - § 6 Abs. 1 -, und des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, vom 8. Juni 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 582), - § 6 Abs. 2.

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Zur periodischen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit wird ein Rat von unabhängigen Sachverständigen gebildet.

(2) Der Sachverständigenrat besteht aus fünf Mitgliedern, die über besondere wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse und volkswirtschaftliche Erfahrungen verfügen müssen.

§ 6

(1) Der Sachverständigenrat erstattet jährlich ein Gutachten (Jahresgutachten) und leitet es der Bundesregierung bis zum 15. November zu. Das Jahresgutachten wird den gesetzgebenden Körperschaften von der Bundesregierung unverzüglich vorgelegt und zum gleichen Zeitpunkt vom Sachverständigenrat veröffentlicht. Spätestens acht Wochen nach der Vorlage nimmt die Bundesregierung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften zu dem Jahresgutachten Stellung. In der Stellungnahme sind insbesondere die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen, die die Bundesregierung aus dem Gutachten zieht, darzulegen.

Leistungskurs Wirtschaft/Recht: Abiturprüfung 1997
Fachgebiet Volkswirtschaft – Aufgabe I

„Der im Juli 1996 von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf des Haushaltsplans für 1997 folgt der mit dem ‚Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung‘ vorgezeichneten Linie und zeugt von beträchtlichen Sparanstrengungen. Das Ausgabenvolumen unterschreitet den Ansatz für 1996 um 2,5 %.“

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht September 1996, S. 11

- 1.1 Begründen Sie aus finanzpolitischer Sicht, warum die Bundesregierung die Beschränkung des Ausgabenvolumens für zwingend notwendig hält! Berücksichtigen Sie dabei drei Aspekte!
- 1.2 Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) vertritt die Meinung, daß die Bundesregierung zur Bekämpfung der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit ihren Sparkurs kurzfristig lockern sollte. Wägen Sie Für und Wider dieser Forderung des DIW ab!
- 1.3 Die geplanten Sparmaßnahmen der Bundesregierung betreffen auch den Sozialbereich. Erläutern Sie, ob sich Kürzungen in diesem Bereich mit grundlegenden Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft (Individual- und Sozialprinzip) vereinbaren lassen!

Neben der Fiskalpolitik der Bundesregierung ist die Geldpolitik der Deutschen Bundesbank ein wesentlicher Faktor der Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland.

Ein Blick auf die Posten der Bundesbankbilanz und deren Veränderungen läßt auch Rückschlüsse auf die Goldpolitik zu. Die folgende Tabelle zeigt einen Auszug aus einem Wochenanweis der Deutschen Bundesbank im August 1995 kurz nach Senkung der Mindestreservesätze im Zuge der Harmonisierung in der Europäischen Union:

Bilanzposten (in TDM)	Stand in der Berichtswoche (in TDM)	Veränderungen gegenüber der Vorwoche (in TDM)
Aktiva		
...		
3 Kredite an inländische Kreditinstitute		
3.1 im Offenmarktgeschäft mit Rücknahmevereinbarung angekaufte Wertpapiere	119 170 335	- 1 805 894
3.2 Inlandswechsel	55 114 287	- 153 682
3.3 Lombardforderungen	797 197	- 6 550 473
...		
Passiva		
...		
2 Einlagen von Kreditinstituten	37 170 748	- 11 942 582
...		

- 2.1 Nennen Sie die goldpolitischen Instrumente, die hinter den auf der Aktiv- und Passivseite angeführten Bilanzposten stehen, und erklären Sie einen möglichen Zusammenhang zwischen den Veränderungen der Positionen der Aktiva und Passiva!
- 2.2 Die Bundesbank beschloß mit Wirkung vom 19. April 1996, den Diskontsatz von 3 % auf 2,5 % und den Lombardsatz von 5 % auf 4,5 % herabzusetzen. Legen Sie vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Lage in Deutschland dar, inwieweit die Bundesbank mit dieser Entscheidung ihren gesetzlichen Aufgaben nachkommt!

Nach dem Maastricht-Vertrag wird in Europa am 1. Januar 1999 die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) beginnen. Die Währungen der teilnehmenden Länder sollen dann aneinander gebunden und der Euro als gemeinsame Währung eingeführt werden. Die nationalen Währungen bleiben jedoch – mit absolut festen Tauschwerten – noch drei Jahre bestehen. Die nationalen Notenbanken geben ihre Kompetenzen weitgehend an die Europäische Zentralbank ab.

- 3.1 Stellen sie vier Vorteile – je zwei für private Haushalte bzw. für Unternehmen – einer einheitlichen europäischen Währung dar!
- 3.2 Erläutern Sie zwei Risiken für die Volkswirtschaften der Europäischen Union, die sich aus der Einführung des Euro ergeben könnten!

Beim Eintritt in die Europäische Währungsunion müssen die Staaten die im Maastricht-Vertrag festgelegten Konvergenzkriterien erfüllen. So soll das langfristige Zinsniveau mindestens ein Jahr lang nicht um mehr als zwei Prozentpunkte höher liegen als in den drei preisniveaustabilsten Ländern.

- 3.3 Erklären Sie mit Hilfe einer graphischen Darstellung (Marktmodell), wie sich ein stark unterschiedliches Zinsniveau in zwei Ländern des Europäischen Währungssystems auf den Wechselkurs im Land mit dem höheren Zinsniveau auswirken könnte! Begründen Sie hieraus die Notwendigkeit eines weitgehend einheitlichen Zinsniveaus als Konvergenzkriterium für den Eintritt in die Währungsunion!

Vorgegebene Bewertungseinheiten:

Frage	1	2	3
BE	22	14	24

Lösung

- 1.1 Der für 1997 von der Bundesregierung konzipierte Haushaltsentwurf schränkt das Haushaltsvolumen gegenüber 1996 beträchtlich ein. Schon in 1996 geriet der Finanzminister in arge Bedrängnis, fiel doch in der Endabrechnung die Finanzierungslücke im Haushalt mit fast 80 Mrd. DM um ein Viertel größer aus, als noch zu Jahresanfang geplant war. Bei der Bundesregierung hat sich deshalb die Erkenntnis durchgesetzt, daß aus vielerlei Gründen Einsparungen auf der Ausgabenseite dringend erforderlich seien.
- Die prognostizierte konjunkturelle Erholung ist für 1996 schon nicht in dem erwarteten Umfang eingetreten und wird auch für 1997 nicht erwartet. Auf der Einnahmenseite des Bundeshaushalts bedeutet dies einen Rückgang der zunächst höher veranschlagten Steuereinnahmen, so daß Ausgabensenkungen unumgänglich wurden.
 - Die immer höhere Staatsverschuldung treibt die Belastungen des Haushalts für den Schuldendienst (Tilgung und Zinszahlungen) immer weiter in die Höhe. Durch eine Ausgabensenkung reduziert sich die notwendige Neuverschuldung; der Anstieg der Staatsverschuldung und damit auch der des Schuldendienstes wird somit etwas abgeflacht.
 - Zum Eintritt in die Europäische Währungsunion muß die Bundesrepublik die haushaltswirtschaftlichen Konvergenzkriterien erfüllen. Insbesondere die Erfüllung des Defizit-Kriteriums (das jährliche Haushaltsloch darf höchstens 3 % des BIP betragen) wird als äußerst gefährdet angesehen, da 1996 das Defizit bei 3,9 % lag. Die für 1997 verordneten Sparmaßnahmen sollen also mithelfen, das Euro-Ticket zu lösen.
 - Im Rahmen ihrer gesetzlichen Ausgabenverpflichtungen muß die Bundesregierung unter anderem auch die Bundesanstalt für Arbeit mit den notwendigen Finanzmitteln versorgen. Für 1997 wurde zunächst eine Arbeitslosenzahl von 4,1 Millionen im Jahresmittel prognostiziert; eine Marke, die angesichts der 4,7 Millionen Erwerbslosen zu Jahresbeginn möglicherweise nicht erreicht werden kann. Die Arbeitslosenversicherung würde somit deutlich stärker als geplant in Anspruch genommen werden und der Bundesfinanzminister müßte seinen Zuschuß an die Nürnberger Bundesanstalt erhöhen.
- 1.2 Die Forderung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung nach einer Lockerung des Sparkurses durch die Bundesregierung wird in einer Zeit laut, in der Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik, Außen- und Außenwirtschaftspolitik in teilweise heftigem Widerstreit liegen.

Mögliche positive Auswirkungen einer Lockerung (Ausweitung der geplanten Ausgaben bei Reduzierung oder Beibehaltung der Einnahmen, ausgenommen der Krediteinnahmen) **des Sparkurses:**

Durch die geplanten Sparmaßnahmen wird einerseits der staatliche Konsum drastisch verringert, andererseits müssen auch die Transferzahlungen an die privaten Haushalte (z. B. Renten, Sozialhilfen, Arbeitslosenunterstützungen, Subventionen) reduziert werden. Auf diese Weise werden die Investitionstätigkeiten der Unternehmen und die Konsumausgaben der privaten Haushalte eingeschränkt. Insgesamt wird somit ein Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage bewirkt, der noch durch negative Multiplikatoreffekte verstärkt wird; der momentan gerade leicht zu spürende wirtschaftliche Aufschwung, insbesondere gestützt durch verstärkte Auslandsnachfrage, wird wieder im Keim erstickt. Die Verbesserung der Situation der Ziele Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung würde auf diese Weise in weite Ferne gerückt werden
⇒ **Eine Lockerung der Sparpolitik könnte diesen negativen Folgen entgegenwirken.**

Gegen eine Lockerung des Sparkurses der Bundesrepublik könnten folgende Argumente sprechen:

- Durch eine Vergrößerung der Ausgaben ist die Bundesregierung gezwungen, die Staatsverschuldung noch stärker auszuweiten, wodurch der Kapitalmarkt zusätzlich belastet würde; ein steigendes Zinsniveau könnte allerdings private Investoren vom Markt verdrängen.
 - Zur Stärkung der Selbstheilungskräfte des Marktes ist nicht eine Erhöhung, sondern eine Senkung der Staatsquote notwendig. Bleibt das Kapital in Privathand, können über schnellere und gezieltere Reaktionsmechanismen Wirtschaftswachstum und Beschäftigung gefördert werden.
 - Auch höhere Staatsausgaben können die Hauptursachen der vorhandenen Arbeitslosigkeit (z. B. demographische Veränderungen oder strukturelle Probleme) nicht beseitigen, sie können sie höchstens momentan etwas verdrängen.
 - Eine Lockerung des Sparkurses mit erhöhter Kreditaufnahme wird auch dadurch erschwert, daß wegen des geplanten Beitritts der Bundesrepublik zur Europäischen Währungsunion der Verschuldungsspielraum stark eingeschränkt ist.
- ⇒ Aus dieser Gegenüberstellung kann erkannt werden, daß der **Sparkurs der Bundesregierung zwar keine Ideallösung** darstellt, daß **aber eine Lockerung dieser Politik wesentlich mehr Nachteile** als Vorteile bringen würde, so daß dem **Vorschlag des DIW nicht nachgegangen** werden sollte.
- 1.3 In unserer sozialen Marktwirtschaft soll der Mensch sowohl als individuelles als auch als soziales Wesen gesehen werden. Als Individuum trägt er Verantwortung für sich selbst (Individualprinzip), als soziales Wesen muß er aber auch solidarische Mitverantwortung für seine Mitmenschen zeigen (Sozialprinzip). In der von Erhard und Müller-Armack konzipierten sozialen Marktwirtschaft sind diese beiden Prinzipien im Subsidiaritätsprinzip vereinigt. Der Mensch soll zwar einerseits selbst die Lösung seiner Probleme suchen, andererseits aber soll er von der Gesellschaft Hilfe zur Lösung dieser Probleme erhalten, wenn er dies selber nicht mehr bewältigen kann (Hilfe zur Selbsthilfe!).

Im Rahmen der Sparmaßnahmen der Bundesregierung wird das **Individualprinzip** nicht verletzt, es wird im Gegenteil sogar noch gefördert, da dem einzelnen ein größerer Teil der Verantwortung für die Lösung seiner sozialen Probleme zugedacht wird.

Im Rahmen des **Sozialprinzips** soll vor allem auf der Basis der Umverteilung von Einkommen dafür gesorgt werden, daß zwischen finanzstarken und finanzschwachen Haushalten ein sozialer Ausgleich geschaffen wird. Auch bei notwendigen Kürzungen im Sozialbereich muß den Beziehern geringer Einkommen, die ihre Vorsorge nicht in Eigenverantwortung bewerkstelligen können, das Existenzminimum gewährleistet werden.

Zu starke Kürzungen des Haushalts im Sozialbereich könnten daher möglicherweise nicht mehr im Einklang mit dem Sozialprinzip der sozialen Marktwirtschaft stehen. In den letzten Jahren wurde allerdings immer öfter und auch immer heftiger die Frage diskutiert, mit welcher Intensität das Sozialprinzip in der heutigen sozialen Marktwirtschaft umgesetzt werden soll, da in vielen Fällen eine einigermaßen gerechte Güterverteilung bereits über die Kräfte des Marktes vollzogen wird.

2.1 Aus der Bilanz sind folgende geldpolitische Instrumente erkennbar:

Aktivseite:

- 3.1: **Offenmarktpolitik** durch Wertpapierpensionsgeschäfte;
- 3.2: **Diskontpolitik** durch Kauf von Wechseln;
- 3.3: **Lombardpolitik** durch Beleihung von Wertpapieren.

Passivseite:

Zwangseinlagen der Kreditinstitute im Rahmen der **Mindestreservpolitik**.

Die Zusammenhänge zwischen Aktiv- und Passivseite sind vor dem Hintergrund der von der Bundesbank im August 1995 vorgenommenen Senkung der Mindestreservesätze zu sehen.

Die Einlagen der Kreditinstitute nahmen aufgrund der Mindestreservesenkung gegenüber der Vorwoche um rund 25 % ab, wodurch ihre Liquidität vergrößert wurde; der Refinanzierungsbedarf der Kreditinstitute bei der Bundesbank verringerte sich deshalb in gleichem Maße. Aus der Aktivseite ist zu ersehen, daß die Kreditaufnahme bei der Bundesbank im Rahmen der Offenmarkt-, Diskont- und insbesondere der teureren Lombardgeschäfte teilweise drastisch zurückgegangen ist.

2.2 **Mögliche Lösungsaspekte:**

Nach § 3 des Bundesbankgesetzes ist die Deutsche Bundesbank verpflichtet, die Stabilität der deutschen Währung zu sichern und damit auch für Preisstabilität zu sorgen. Seit Anfang 1995 bewegt sich der Preisindex für die Lebenshaltung zum Teil weit unter der 2 %-Marke, so daß eine kontinuierliche Senkung des Zinsniveaus bis auf heute 2,5 % (Diskontsatz) bzw. 4,5 % (Lombardsatz) durchaus vertretbar ist.

Nach § 12 des Bundesbankgesetzes ist die Bundesbank außerdem dazu angehalten, die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu unterstützen, soweit dies mit dem Ziel der Preisstabilität vereinbar ist. Die nicht gerade zu Optimismus verleitenden Konjunkturdaten (zu geringes Wirtschaftswachstum, viel zu hohe Arbeitslosenquote) fordern nahezu diese Zinssenkung, um eine günstigere Versorgung der Volkswirtschaft mit Geld zu ermöglichen. Mit dieser Leitzinssenkung will die Deutsche Bundesbank ein positives Signal zur Konjunkturbelebung setzen und damit die allgemeine Wirtschaftspolitik der Bundesregierung unterstützen.

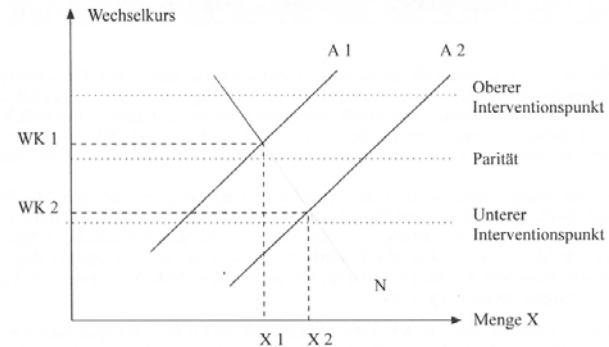
3.1 Eine gemeinsame europäische Währung wird für die privaten Haushalte und für die Unternehmen in vielen Bereiche sehr vorteilhaft sein.

Mögliche Vorteile für die privaten Haushalte:

- **Das Reisen innerhalb der Mitgliedsländer wird kostengünstiger**, da Umtauschgebühren und Kursverluste entfallen. In den letzten Monaten konnte in der Presse immer wieder folgendes Beispiel gelesen werden: Wer eine Reise durch alle 15 Mitgliedsländer der EU macht, 1 000 DM in bar mitnimmt und diesen Betrag jeweils beim Grenzübertritt in die neue Landeswährung umtauscht, kommt nur mit etwa der Hälfte des Geldes zurück, ohne auch nur ein Gut erstanden zu haben; die andere Hälfte geht in Form von Umtauschgebühren und Kursverlusten bei An- und Verkauf verloren.
- Eine gemeinsame Währung schafft für Käufe in den Mitgliedsländern mehr **Preis- und Markttransparenz**, da bei Preisvergleichen überall der Euro als Recheneinheit gilt.

- Durch die gemeinsame Währung wachsen die Märkte der Mitgliedsländer noch stärker zusammen; dieser neue, stark vergrößerte Binnenmarkt sichert den Verbrauchern ein noch **größeres Güterangebot**.
- **Sicherung der Arbeitsplätze**, da bereits eine ganze Reihe von exportabhängigen Unternehmen den Abbau von Arbeitsplätzen ausdrücklich mit den für sie ungünstigen Währungsrelationen begründet haben.

3.3 Darstellung des Devisenmarktes des Landes Y (Land mit dem höheren Zinsniveau) im Marktmodell des EWS-Systems:



Wechselkurs = Kurs für Währung X in Geldeinheiten des Landes Y
 Menge X = Menge der Währung X, also des Landes mit dem niedrigeren Zinsniveau

Höhere Zinsen im Land Y bewirken Kapitalzuflüsse in dieses Land, das Devisenangebot des Landes X steigt von A₁ nach A₂. Bei konstanter Nachfrage (N) nach der Währung X sinkt der Wechselkurs von WK₁ auf WK₂. Die Währung des Landes X wird über den Markt abgewertet, die des Landes Y aufgewertet.

Die im Maastrichter Vertrag gestellte Forderung nach langfristig stabilen und angeglichenen Zinsniveaus der Beitrittsländer ist notwendig, da ansonsten die oben aufgezeigten Kapitalzuflüsse zu einer Erhöhung der Geldmenge mit inflationären Auswirkungen führen würden. Ein stark sinkender Wechselkurs zieht häufige Interventionen der Notenbanken nach sich, wodurch die Gefahr einer importierten Inflation vergrößert werden könnte.

Ein relativ einheitliches Zinsniveau für langfristige Zinsen soll den zinsinduzierten Kapitalverkehr einschränken, da nur ausgeglichene Kapitalbewegungen eine dauerhafte Voraussetzung für eine Stabilität der Wechselkurse und damit des Geldwerts darstellen.

Mögliche Verteilung der Bewertungseinheiten:

Frage	1.1	1.2	1.3	2.1	2.2	3.1	3.2	3.3
BE	8	8	6	6	8	8	6	10

